

solange die Behälter dicht halten und auch sonst keine Ableitungen von Radionukliden vorhanden sind. Erhöhte Direktstrahlung über $0,3 + 0,3 = 0,6$ Millisievert/Jahr aus Ableitungen hinaus, die bisher lediglich innerhalb überwachter Bereiche zulässig war (beim Atomkraftwerk etwa der Streifen innerhalb des Kraftwerkszauns), ist jetzt

überall und unkontrolliert außerhalb von Betriebsgeländen in normaler Umgebung erlaubt. Das als „Absenkung“ der zulässigen Jahresdosis für die Bevölkerung zu verkaufen, wie es das Bundesumweltministerium trotz gegenteiliger Vorhaltungen weiterhin tut, empfinden unabhängige Beobachter als bewußten Versuch der Irreführung einer solche

Zahlenspiele nicht durchschauenden Öffentlichkeit.

Verordnung über den Schutz vor Schäden durch ionisierende Strahlen (Strahlenschutzverordnung - StrlSchV) gemäß Beschluß des Bundeskabinetts vom 14.03.2001. Download: http://www.bmu.de/sachthemen/strahlen/strahlenschutz_base.htm

Ergänzender Hinweis: Die wichtigsten Umweltfachgesetze und -

verordnungen sind unter www.bmu.de/gesetze abrufbar. Es handelt sich um die zur Zeit gültigen Gesetzestexte, die von der juris GmbH im Auftrag des Bundes aufbereitet wurden. Die Gesetze und Verordnungen sind alphabetisch und nach Sachgebieten sortiert. Außerdem steht eine eigene Suchmaschine zur Verfügung. ●

Leukämie in der Elbmarsch

Heiße Teilchen aus der PAC-Brennstofftechnologie um Krümmel und GKSS

Das niedersächsische Umweltministerium will keine Untersuchungen mehr

Das Gebiet südöstlich von Hamburg mit dem Atomkraftwerk Krümmel und den dicht dabei liegenden Anlagen der Gesellschaft für Kernenergieverwertung in Schiffahrt und Schiffbau (GKSS), war Produktionsort von sogenanntem PAC-Kernbrennstoff. Dabei ist es vor etwa eineinhalb Jahrzehnten zu einem Unfall mit bedeutenden Freisetzungen von radioaktiven Partikeln in Elbmarsch und Elbgeest gekommen, der bis heute von den beteiligten Anlagenbetreibern, Behördenvertretern und Regierungen vor der betroffenen Bevölkerung verheimlicht worden ist. In der Folge kam es dort zu der bekannten und extremen Häufung von Leukämieerkrankungen. Das sind Schlußfolgerungen aus dem Ablauf einer Gegenüberstellung von Vertretern des Niedersächsischen Landesamtes für Ökologie (NLÖ) und Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft Physikalische Analytik und Meßtechnik (ARGE PhAM).

Zu dem Treffen hatte für den 8. März 2001 der örtliche SPD-Landtagsabgeordnete Uwe Harden in das Rathaus von Marschacht geladen, wo es unter der Moderation des Landrats Professor Dr. J.-R. Ahrens stattfand. Grund dafür waren die unter der Leitung des Weinheimer Diplom-Ingenieurs Heinz Werner Gabriel von der ARGE PhAM in Elbmarsch und Elbgeest gefundenen alpha- und betastrahlenden Partikel und deren Bruchstücke. Deren Existenz wird dagegen vom NLÖ bestritten. Strahlentelex hatte in der vorigen Ausgabe bereits ausführlich berichtet.

Gabriel und seine Kollegen, unter anderem die Professoren A. Scharmann, Gießen, und R. Brandt und W. Ensinger, Marburg, nach eigenen Worten „Freunde der friedlichen, nicht jedoch der militärischen Nutzung der Kernenergie“, hatten ihren Angaben zufolge fünf Kategorien von Partikeln gefunden, deren Einsatz ihnen aus der Herstellung von PAC-Kernbrennstoff bekannt ist. Die dominierenden Aktivitätsträger dabei seien Tritium, Americium, Plutonium, Uran und Thorium. Die Freisetzung der Partikel aus dem Siedewasserreaktor Krümmel oder den Forschungsreaktoren des

GKSS-Forschungszentrums sei aufgrund einer typischen Bearbeitungsstruktur auszuschließen, betonten Gabriel und Brandt. Vielmehr habe er die PAC-Kügelchen sowohl in frisch geliertem als auch in bereits gesintertem Zustand gefunden, was auf eine stattgefundenen PAC-Brennstoffproduktion in der Region hinweise. Partikel in einer Form ähnlich Mikroampullen könnten zudem Tritium enthalten.

Eine Veröffentlichung weitergehender Untersuchungsergebnisse zur Radiochemie der gefundenen Partikel durch die ARGE PhAM liegt inzwischen in den Händen der Staatsanwaltschaft, nachdem Professor Ensinger zu deren Gutachter bestellt wurde. Die Ärztevereinigung für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) hatte nach dem Bekanntwerden der Untersuchungsergebnisse der ARGE PhAM Strafanzeige gegen Verantwortliche der Nuklearfirmen in Krümmel und Geesthacht sowie gegen die befaßten Behörden beziehungsweise deren Vertreter gestellt.

NLÖ-Präsident Meinfried Striegnitz bestritt dagegen kategorisch die Existenz von PAC-Material. Er habe keinen Hinweis darauf, daß die Kü-

gelchen in dieser Weise zu interpretieren seien. Die Aussagen der ARGE PhAM seien für ihn nicht zu reproduzieren. „Wir haben zwar Kügelchen gefunden, jedoch mit Null Aktivität. Bei Bodenuntersuchungen findet man immer irgendwelche kugelförmigen Gebilde.“ Dagegen gab der für die NLÖ-Untersuchungen verantwortlich zeichnende Dr. Wolfgang Städe zu, bis dahin gar keine alpha-spektrometrischen Untersuchungen an den Kügelchen durchgeführt zu haben. Das NLÖ habe zudem keine Überwachungsaufgaben für Schleswig-Holstein, weshalb ihm auch aus Zeiten vor 1991 keine vergleichbaren Untersuchungsergebnisse vorlägen.

NLÖ-Präsident Striegnitz, der die Unabhängigkeit seiner Einrichtung von der Landesregierung betonte, und der Referatsleiter im niedersächsischen Umweltministerium Dr. Schober, nach seiner Aussage selbst Chemiker und seit 13 Jahren in dieser Position, lehnten mehrfach und mit Vehemenz sämtliche und besonders von Landrat Ahrens unterstützten Kooperationsangebote der ARGE PhAM ab. Diese bot vergeblich unter anderem gemeinsame Probenahmen und Abstimmungen über die Meßmethoden an. Aus Sicht des Umweltministeriums, so Schober, gebe es überhaupt keinen Anlaß, noch weitere Untersuchungen durchzuführen.

Das PAC-Konstruktionsprinzip wurde, wie es heißt, 1976 entwickelt, Ergebnisse stün-

den unter Sicherheitsverschluß. Ungenannt blieb, zu welchen konkreten Zwecken südöstlich von Hamburg eine derartige, offensichtlich besonders riskante Technologie betrieben worden ist. Wegen des hinhaltenden und leugnenden Verhaltens der zuständigen Behörden und Regierungen wachsen in der örtlichen Bevölkerung die Befürchtungen. Die geäußerten Mutmaßungen reichen von Anwendungen in der Brütertechnologie über Aggregaten für Nachrichtensatelliten zu geheimdienstlichen Zwecken bis zur Entwicklung von Nuklearwaffen. Dafür spricht die mögliche sogenannte Transmutation PAC/PERLA: aus einer PAC-Dotierung mit

Thorium-232, Uran-238, Plutonium-240, Americium-241 und Curium-244 entstehen nach Neutronenbeschuß die Spaltstoffe Uran-233, Plutonium-239, Plutonium-241, Americium-242m und Curium-245.

Manchem Bürger vor Ort fällt jetzt zudem ein, daß seinerzeit, nach einem später als Fehlschaltung der Sirenen deklarierten mehrstündigen Atomalarm, mit einem Mal und ohne weitere Begründung gegenüber den örtlichen Bewohnern, alle Kinder von GKSS-Mitarbeitern von ihren Eltern aus den umliegenden Kindergärten und Schulen genommen und in weiter entfernten untergebracht worden seien. ●

Atommüll-Transport

CASTOR blockiert

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Greenpeace, ROBIN WOOD und X-tausendmal quer forderten Bundeskanzler Gerhard Schröder am 29. März auf, unverzüglich ins niedersächsische Wendland zu kommen und mit Ihnen über den Atomausstieg zu verhandeln. Die Initiativen hatten zu einer Pressekonferenz in die Trebeler Bauernstuben eingeladen, um nochmals mit Nachdruck auf die politischen Hintergründe der Proteste gegen den Castor-Transport hinzuweisen.

Nach Auffassung der Initiativen und Verbände zeigte der gewaltfreie Widerstand Zehntausender Menschen während des Castor-Transports unmissverständlich, dass der so genannte Konsens zwischen Bundesregierung und Atomindustrie kein Konsens mit der Bevölkerung sei. Es müsse sichergestellt werden, dass die Wiederaufarbeitung sofort gestoppt und kein weiterer Castor-Transport nach Gorleben rollen werde.

Veit Bürger, Atomexperte von Greenpeace, kündigte an, dass der gewaltfreie Widerstand gegen die verfehlte Energiepolitik und die damit zusammenhängenden Atommülltransporte andauern werde. Jede Bundesregierung müsse sich klar sein, dass sie in einen Dauerkonflikt mit der Bevölkerung trete, wenn sie nicht unverzüglich den Ausstieg realisiere.

ROBIN WOOD und Aktivisten aus dem Wendland hatten eindrucksvoll bewiesen, dass ein Umweltverband mit einfachsten Mitteln und geringem Aufwand in der Lage ist, einen Atommülltransport einen Tag lang aufzuhalten. Fünf Personen war es am Dienstag, dem 27. März gegen 22 Uhr gelungen, die Polizeiketten zu umgehen und sich bei Süschendorf im Gleisbett anzuketten. Der Castor-Zug hielt daraufhin in ca. 20 Meter Entfernung zur Blockadestelle und wartete auf die Weiterfahrt. Nach 6 Stunden Aufenthalt setzte der Zug zurück und entfernte sich

Richtung Lüneburg. Es war klar geworden, dass es noch einige Zeit dauern würde, bis die Strecke wieder freigegeben werden könnte.

Vier der fünf Personen hatten sich in Metallrohren angekettet, die in einem Betonblock unter den Gleisen fest verankert waren. Einmal angekettet waren sie nicht in der Lage sich selbst loszumachen. In mühevoller Kleinarbeit musste der Betonblock entfernt werden. Das Herauslösen aller 5 Personen dauerte 16 Stunden. Während dieser Zeit wurden sie mit heißen Getränken, Schokolade, warmen Decken und Heizstrahlern versorgt.

Bereits wenige Tage nach diesem spektakulären Castor-Transport mehrten sich Stimmen politischer Verantwortlicher, nochmals zu überdenken, wo und wie der Atommüll künftig zwischengelagert werden solle. Transporte wie den letzten könne sich weder das Land Niedersachsen noch die Bundesrepublik auf Dauer leisten. Hierbei ginge es nicht nur um die finanziellen Aspekte, sondern auch um die

Atommüll

Französisches Anti-Atom-Netzwerk wendet sich gegen Atommülltransporte

„Wenn nicht blockiert wird, liegt Ende 2001 mehr Atommüll in La Hague als jetzt“

Ende Januar 2001 fand die 4. Vollversammlung des „Réseau sortir du nucléaire“ in Rennes in Frankreich statt. Das französische Anti-Atom-Netzwerk wurde 1997 gegründet und vereint inzwischen 613 Organisationen mit rund 10.000 Anhängerinnen und Anhängern. Die Versammlung, zu denen auch zwei deutsche Vertreter eingeladen waren, befaßte sich mit den Themen Atomtransporte und Blockaden.

politische Tragweite. Die Berichterstattung über die Proteste gingen schließlich „rund um die Welt“.

Transporte nach Frankreich werden in den nächsten Wochen erwartet

Bereits in den nächsten Wochen wird die „Türöffnerfunktion“ dieses Castor-Transports ins Zwischenlager Gorleben eintreten. Am 20. März genehmigte das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) insgesamt 15 Transporte abgebrannter Brennelemente aus den Atomkraftwerken Philippsburg und Biblis zur Wiederaufarbeitungsanlage La Hague in Frankreich. Die Genehmigungen sind bis zum 31. Dezember 2001 bzw. bis 30. Juni 2001 befristet. Die konkreten Transporttermine müssen nach Auffassung des BfS mit den Innenministerien der von den Transporten betroffenen Ländern in einem ausreichenden Zeitraum vor Transportbeginn abgestimmt werden. Proteste der Anti-Atom-Bewegung gegen diese Transporte wurden bereits angekündigt. ●

Die beiden deutschen Gäste stellten auf der Versammlung der französischen Anti-Atom-Bewegung ihre Kritik des bis heute nicht ratifizierten Atomkonsenses zwischen der deutschen Bundesregierung und der Atomwirtschaft dar: „Die Atomanlagen dürfen noch Jahrzehnte weiterbetrieben werden, die Atommüllmenge wird dabei ohne Entsorgungskonzept verdoppelt, dazu werden die atomaren Dreckschleudern La Hague und